



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Heike Blümmel
Anschrift Pannewiese 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 4052
Fax (0202) 563 5223
E-Mail heike.bluemmel@cdu-wuppertal.de
Datum 27.04.2004
Drucks. Nr. VO/2918/04
öffentlich

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Kremendahl

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
19.05.2004	Hauptausschuss
24.05.2004	Rat der Stadt Wuppertal

Resolution gegen die geplante Ausbildungsplatzabgabe

Sehr geehrter Herr Dr. Kremendahl,

die CDU-Fraktion beantragt, der Rat der Stadt Wuppertal möge in seiner Sitzung am 24.05.2004 wie folgt beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, die vorgeschlagene Ausbildungsplatzabgabe nicht zu beschließen.

Die geplante Ausbildungsplatzabgabe ist insbesondere für finanziell notleidende Kommunen wie die Stadt Wuppertal von großem Nachteil, da sie jährlich zu unnötigen, erheblichen finanziellen Mehrbelastungen führen würde.

Aufgrund des nicht genehmigungsfähigen Haushalts und Stellenplans wird es der Stadt Wuppertal auf absehbare Zeit nicht möglich sein, zusätzliche Ausbildungsplätze in den städtischen Einrichtungen über den Bedarf zu schaffen.

Begründung:

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, und andere Ministerpräsidenten lehnen die vom SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering geplante Ausbildungsplatzabgabe für die Betriebe und die Kommunen zu Recht ab.

Im Unterschied auch zum Wuppertaler SPD-Vorsitzenden hat Ministerpräsident Steinbrück darauf hingewiesen, daß diese Ausbildungsplatzabgabe auch die

ausbildungswilligen Kommunen finanziell zusätzlich belasten würde und damit wieder einmal eine Entscheidung auf Bundesebene kommunalschädlich wäre.

Allein für die Stadt Wuppertal hätte die Ausbildungsplatzabgabe eine jährliche finanzielle Mehrbelastung von mehreren Hunderttausend Euro zur Folge.

Der von Teilen der SPD behauptete "Anreiz" der Ausbildungsplatzabgabe für Wuppertal, je nach Berechnungen zwischen 340.000 € und 1,7 Mio. € jährlich, auch in der Stadtverwaltung zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, geht an der bundesdeutschen Realität vorbei. Denn die überwiegend finanziell notleidenden Kommunen, zum großen Teil mit vorläufiger Haushaltsführung ohne genehmigungsfähigen Haushalt, dürfen – selbst wenn sie wollten – keine zusätzlichen Ausbildungsplätze einrichten.

Die Stadt Wuppertal kommt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und dem Bedarf für Nachwuchskräfte entsprechend ihren Verpflichtungen als "Ausbildungsbetrieb" nach. Zur Zeit werden in der Stadtverwaltung Wuppertal etwa 175 Jugendliche in 17 verschiedenen Berufen ausgebildet, z.B. als Inspektoranwärter, Verwaltungsfachangestellter, Vermessungstechniker, Fachangestellter für Bäderbetriebe, Forstwirt und als Kauffrau für Bürokommunikation. Deshalb ist die willkürlich gegriffene Ausbildungsplatzquote von 7 Prozent, in der paradoxerweise die Ausbildungsplätze im Beamtenbereich nicht eingerechnet werden, wenig hilfreich, um das regional unterschiedlich große Lehrstellenproblem zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister Peter Jung
Bürgermeister

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender